

Allianzen
alte Bundesrepublik
altern
Antisemitismusdefinition
Bf

barrierefrei

Beziehungsanbahnung

Bruderland

citizenship

Dauerleihgabe

eckiger Tisch

Eigenheim

einsam

Einzugsgebiet

Engagement

erben

gesundheitliche Versorgungsstrukturen

gleichwertige Lebensverhältnisse

Grundsicherung

intersektional

Kneipe

ko-

Kohleaustieg

Labor

Manifest

mehrsprachig

Mindestlohn

Mitta-Studie

moralisieren

Nebenklage

abschluss

Plattformökonomie

politische Bildung

Privileg

Racial Profiling

repräsentativ

Schulbuch

Seenotrettung

soziale Mischung

soziale Reproduktion

streiten

Suchbarkeit

Tierwohl

trans

Umfrage

Vergesellschaftung und suchbare Kommunikation

Suchmaschinen haben das Medienverhalten der zurückliegenden zwanzig bis dreißig Jahre grundlegend verändert. Ihren Ursprung haben sie im automatisierten Information-Retrieval der 1950er Jahre, was ganz wörtlich als das »Wiederfinden« oder »Rückgewinnen« von Daten zu verstehen ist. Ihre eigentliche Karriere setzte mit der Entwicklung des privat nutzbaren Internets ein. Seit ihrer Popularisierung dienen Suchmaschinen als willkommenes Eintrittstor, um das Internet zu Informationszwecken und zum Zeitvertreib zu erkunden, aber auch dazu, neue Formen der Kollaboration bzw. Zusammenarbeit zu ermöglichen. So haben sie zur Entstehung digitaler Textpraktiken wie des verteilten Kommentierens und Verschlagwortens von Inhalten beigetragen und die Formen verändert, wie Texte über Distanzen hinweg zusammen geschrieben und gemeinsam aufeinander bezogen werden. Um für Suchmaschinen auffindbar zu sein, werden Inhalte von Webseiten optimiert und richten sich dann nicht mehr nur an menschliche Leser*innen, sondern auch an maschinelle Interpreten. Darüber hinaus prägt suchbare Textgestaltung die digitale Schriftlichkeit in Social-Media-Plattformen. Personen und Posts lassen sich suchen und mithilfe von Tags, von zusätzlichen Schlagworten also, und @-Zeichen kennzeichnen. Die Produktion von suchbaren Inhalten fällt dabei mit den personalisierten Veröffentlichungspraktiken und Identitätskämpfen auf diesen Plattformen zusammen. Hinter dem Schlüsselbegriff »Suchbarkeit« verbirgt sich also ein zeitgenössisches Wissen von digital vernetzten Öffentlichkeiten. Es zeichnet sich durch eine praktische und eine theoretische Dimension aus, genauer durch eine praktische Vertrautheit mit verteilter, gemeinsamer Textproduktion, mit der Praxis kollaborativer Verschlagwortung und mit personalisierten Empfehlungen, die auf Algorithmen, also vorab festgelegten Rechengvorgängen, beruhen; und zweitens durch ein theoretisches Verständnis von Öffentlichkeit, wonach die Suchbarkeit von Inhalten Einfluss auf die gesellschaftliche Sicht- und Unsichtbarkeit von Personen und Themen besitzt.

Um der praktischen Bedeutung der Suchbarkeit besser auf die Spur zu kommen, hilft es, Situationen und Verhältnisse zu benennen, in denen sie problematisch wird. Kritik an gegenwärtigen Systemen der Suchbarkeit entzündet sich traditionell an der Macht von privaten Betreibern von Suchmaschinen und Plattformen, an einem grundsätzlichen Unbehagen gegenüber Formen der Nachverfolgung und Überwachung, aber auch an der ungleichen Sichtbarkeit und dem Bias, also der systematischen Verzerrung von Suchergebnissen. Außerdem werden die Personalisierung der Suche und eine dadurch womöglich verengte Informationsaufnahme kritisch beäugt. Diese Perspektiven gehen aus einer Grundsatzkritik hervor, die von außen auf das dominante System privater Suchmaschinen und Plattformen schaut. Sie zielen demgemäß auf Alternativen und grundlegende Veränderungen in der Architektur dieses Systems ab. Daneben lässt sich ein zweiter Strang ausmachen, der eher von situativen Vermeidungspraktiken zeugt. Diese gewinnen im Kontext von digitalen sozialen Netzwerken an Bedeutung und unterlaufen die Suchtechnologien der jeweiligen Plattformen punktuell. So werden suchbare Texte in Sozialen Medien durch die Verwendung von Hashtags, also die Voranstellung einer Raute wie bei #MeToo, oder von maschinenlesbaren Verweisen auf Personen und Website-Adressen erzeugt. Umgekehrt vermeiden Nutzer*innen solche zusätzlichen Kennzeichnungen gezielt, um Beiträge gerade nicht gut nachverfolg- und auffindbar zu machen. Bestimmte Personen werden so präventiv von Konversationen ausgeschlossen, sobald über sie oder sie betreffende Themen gesprochen wird. Die Technologie der Suchbarkeit bietet also nicht nur Anlass zu Zusammenarbeit und besserer Vernetzung. Sie lässt sich in diesen Situationen auch als Medium sozialer Grenzziehung aneignen.

Für eine medien- und gesellschaftstheoretisch informierte Perspektive auf gesellschaftlichen Zusammenhalt ist diese Praxis der Vermeidung von Suchbarkeit deshalb aussagekräftig, weil sich an ihrem Beispiel ein zeitgenössischer Konflikt unterschiedlicher Erwartungen an digitale Öffentlichkeiten und ein veränderter Umgang mit exklusiver Kommunikation in digitalen sozialen Netzwerken vor Augen führen lässt. Suchbarkeit wird dort zum Problem, wo Teilhabe an digitaler Öffentlichkeit nicht (mehr) durch das Ideal einer Maximierung von Konnektivität, also Verbindungsmöglichkeit, und loser symbolischer Kooperation mit zufälligen und beliebigen Nutzer*innen verstanden wird. Stattdessen haben mit der flächendeckenden Nutzung digitaler sozialer Netzwerke »Empfehlungskollektive« und Gruppenöffentlichkeiten an Bedeutung gewonnen, in denen die Relevanz von »schwachen Beziehungen« (Granovetter 1973) auf dem Prüfstand steht und unterschiedliche Grade von Exklusivität ausprobiert werden. Das Versprechen einer emergenten, also einer aus dem Zusammenwirken vieler und

ihrer gegenseitigen Informationsweitergabe auftauchenden Kollektivität sieht sich um zusätzliche Erwartungen ergänzt: erstens Erwartungen an kollektiven Expositionsschutz, d. h., dass sich Gruppen und Personen, die verstärkt öffentlichen Beleidigungen ausgesetzt sind, vor bestimmten Kontakten auch schützen können; und zweitens die grundsätzliche Erwartung an eine personalisierte ›Informationsdiät‹, also dass Nutzer*innen die Inhalte und Frequenz ihrer Informationsaufnahme möglichst genau kontrollieren können. Der Verzicht auf suchbare Schriftlichkeit in Sozialen Medien ist zudem politisiert: Grenzen zwischen gesellschaftlichen Gruppen werden markiert, Identitäten performativ realisiert, gesellschaftliche Sichtbarkeitsordnungen nachvollzogen, verstärkt oder unterminiert. Im Umgang mit zeitgenössischen Technologien der Suchbarkeit zeigt sich eine Form der Vergesellschaftung, die im engeren Sinne soziotechnisch verfährt, weil sie gesellschaftliche Positionen und Handlungsmacht in Relation zu algorithmischer Filterung und Verstärkung auslotet.

Umwelten der Suchbarkeit und Ende der Überraschungen

Die ersten Suchmaschinen für das World Wide Web erschienen Mitte der 1990er Jahren (Röhle 2010, S. 17–24; Winkler 1997). Bereits einige Jahre später wurde das Suchen im Internet als eine neue Form von »digital literacy« bezeichnet, also analog zum Lesen oder Rechnen als eine grundlegende Fertigkeit in der digitalen Welt verstanden (Labbo/Reinking et al. 1998). Für den Erfolg von Suchmaschinen und im Angesicht des exponentiellen Wachstums an Webseiten waren Ranking-Mechanismen zentral, wofür unterschiedliche technische Lösungen vorgeschlagen wurden. Die größte Bekanntheit hat Google erlangt, und zwar mit seinem sogenannten »Page-Rank-Algorithmus« (Brin/Page 1998), der Webseiten aufgrund ihrer Verlinkungen auf andere Webseiten bewertet und häufig zitierte Seiten höher in den Suchergebnissen anordnet. Die Kritik an Googles Technologie folgte so ziemlich umgehend. Selbstverstärkende Machteffekte und schwindende Diversität wurden früh als Probleme erkannt (Rieder 2009). Bereits häufig verlinkte Seiten tendieren

dazu, immer mehr Verlinkungen anzuziehen. Kritiker*innen monierten, dass nicht Suchmaschinen an sich das Problem seien, schließlich komme man bei der Masse an wachsenden Informationen im Netz nicht um eine Form von Filterung und Sortierung herum. Vielmehr seien »autoritäre« (Halavais 2009, S. 104), selbstverstärkende Empfehlungssysteme das Problem, wodurch die Diversität von tatsächlich rezipierten Suchergebnissen herabgemindert würde. Dazu gesellte sich eine Kritik an der Personalisierung des Empfehlungsprozesses, die zwei der bis heute schillerndsten Metaphern für Online-Sozialität hervorbrachten: die Kritik an »Echokammern« (Sunstein 2001; 2009; 2018) und an »Filterblasen« (Pariser 2011). Das Konzept der »Echokammern« beschreibt, dass Nutzer*innen sich wechselseitig in ihren Überzeugungen bestärken und Gefahr laufen, sich in ihren Anschauungen und Gefühlen gegenüber anderen zu radikalieren (Sunstein 2009, S. 119–121). Das Konzept der »Filterblase« ergänzt dieses Prinzip der Verstärkung unter Gleichgesinnten, indem es automatisierte Mechanismen der Plattformen einbezieht. Die Algorithmen der Plattformen, so die Annahme der Kritiker, unterstützen Nutzer*innen bei der Rezeption von Informationen, die ihre Sichtweisen vorrangig bestärken. Die tatsächliche Relevanz von Filterblasen und Echokammern mag bis heute umstritten sein (vgl. Bruns 2019; Dahlgren 2021). Die suggestive Kraft des Filterblasenkonzepts war allerdings intuitiv wirkmächtig und konnte sich aus einem weitverbreiteten Unbehagen angesichts der Selektivität von Inhalten im Kontext klassischer Suchmaschinen speisen (Gori/Witten 2005).

Das kritische Nachdenken über das Suchen und Finden von Informationen im Internet drehte sich folglich bereits von Beginn an um Fragen der Filterung, Sortierung und Empfehlung von Inhalten. Als Alternative oder Ergänzung zu privaten Suchmaschinenalgorithmen oder redaktionell betreuten Suchmaschinenergebnissen wurden Verfahren des »kollaborativen Filterns« gehandelt, sei es durch öffentliches Bookmarking, also das Teilen von Lesezeichen, oder durch Tagging, bei dem man Inhalte mit Schlagworten belegt (Halavais 2009, S. 22 und 162 ff.). Befürworter*innen versprachen sich die Erstellung von sogenannten »Folksonomien« (*»folksonomies«*), von Nutzer*innen selbst angelegte und verwaltete Klassifizierungen von Informationen. Diese sollten sich gewissermaßen »von unten generieren« und vom älteren Bibliotheksmodell, in dem Expert*innen Wissen systematisieren und sortieren, abgrenzen.

Der allgemeinere Begriff »Suchbarkeit« ist Zeugnis dieser frühen Jahre des privatisierten Internets, in denen zwischen der Entwicklung von kommerziellen Suchmaschinen einerseits und kollektiven Tagging-Systemen andererseits die Organisation des Suchens und Findens von Informationen zum Kernproblem avanciert war. Mit ihm und seinem Pendant »Findbarkeit« versuchten englischsprachige Theoretiker*innen ab Mitte der 2000er Jahre ein grundsätzliches Strukturprinzip und eine für Online-Lebenswelten prägende Erfahrungsweise von Webtechnologie und digital vernetzten Öffentlichkeiten auf den Begriff zu bringen. Die für Microsoft Research tätige Medienwissenschaftlerin danah boyd beschrieb in einem wegweisenden Artikel im Jahr 2010 die »Affordanzen vernetzter Öffentlichkeiten«, d. h. die zwischen Angebot und Praxis sich herausbildende Struktur der Nutzung des Internets, mit vier Begriffen: Persistenz (die Inhalte werden automatisch aufgezeichnet und archiviert), Replizierbarkeit (digitale Inhalte lassen sich einfach vervielfältigen), Skalierbarkeit (die potenzielle Sichtbarkeit von Inhalten ist enorm) und schließlich Suchbarkeit (boyd 2010). Die eigentlich aus der Psychologie stammende Terminologie der »Affordanzen« betont dabei, dass es sich nicht einfach um Funktionen der Webtechnologie handelt, sondern um Eigenschaften einer Verbindung von technischer Umwelt und Mensch, die Adaptionsspielräume belassen und lebensweltliche Erfahrungshorizonte mitstrukturieren (Bucher/Helmond 2018). Einige Jahre zuvor hatte Peter Morville, ein Unternehmensberater für Informationssysteme, eine an ein breites Publikum gerichtete Bestandsaufnahme unterschiedlicher Entwicklungen zur Aufbereitung und Klassifizierung von Information im Internet vorgelegt. Unter dem Titel »Ambient Findability« machte er eine wachsende Verfügbarkeit von potenziell zu findenden Informationen in der direkten Umwelt von Internetnutzer*innen aus (Morville 2005). Explizit mit Blick auf die ubiquitäre Verfügbarkeit von Smartphones und Sensoren im Alltag ging es auch ihm darum, anhand des Navigierens und Findens von Informationen eine grundsätzliche Transformation der technischen Erfahrungswelt zu charakterisieren. Die Begriffe »Suchbarkeit« und »Findbarkeit« wurden auf eine buchstäblich »umfassende« technologische Erfahrung bezogen, auf das Leben in einer Umwelt bzw. einem Ambiente von such- und findbaren Informationen.

Neben der Thematisierung von »Suchbarkeit« als Struktur- und Erfahrungsbegriff wurde der Begriff auch praktisch gewendet: Ebenfalls im Jahre 2011 beschrieb die Linguistin Michelle Zappavigna Konversationen auf Twitter als neue Formen »suchbarer Rede« (Zappavigna 2011, 2015). Sie bezog sich damit auf den Umstand, dass sich Twitter-Nutzende bei der Verwendung eines Hashtags in einen Strom von Nachrichten einschreiben, der von anderen und vom Twitter-Algorithmus gesucht und gefunden werden kann. Auch wenn nicht klar ist, mit welchen anderen Nutzer*innen des Hashtags sie dadurch in Kontakt treten, verbinden sie sich mit einer durchsuchbaren Umwelt kollektiver Textproduktion. Zappavigna betonte, dass hier Umwelten der Affiliation (»ambient affiliation«) geschaffen werden. Sie griff zudem eine noch heute geläufige Metapher auf, dass man im suchbaren Internet in durch parallele Informationsströme (»streams«) strukturierte Räume eintauche. Das Besondere an diesen neuen Erfahrungsräumen war für die Autorin, dass Nutzer*innen mit Fremden über Hashtags in Kontakt treten, sich in Bezug auf bestimmte Themen flüchtige Gemeinsamkeiten ergeben und sich die Radien verschiedener Diskussionsräume überlagern. Dadurch würden immer neue Angebote der temporären Affiliation geschaffen, also einer Bindung aufgrund gemeinsamer inhaltlicher Interessen oder ähnlicher Einstellungen zu einem Thema.

In normativer Hinsicht waren diese Beschreibungen von Suchbarkeit deutlich zurückhaltender als die Kritik an Suchmaschinen. Sie betonten eher die möglichen Folgen des technischen Wandels für die Erfahrung von sozialer Verbundenheit, ohne dabei eine möglicherweise kritikwürdige gesellschaftliche Funktion und Folgelast anzusprechen. Die Suchmaschinenkritik der 2000er Jahre war im Vergleich dazu gesellschaftstheoretisch ergiebiger. An Suchmaschinen wurden bereits früh Fragen nach sozialer Ungleichheit gerichtet (vgl. Hargittai 2007; Introna/Nissenbaum 2000) – nach einem möglichen *digital divide*, d. h. einer Spaltung zwischen verschiedenen sozialen Milieus in Bezug auf den Zugang zu Technologien der Suchbarkeit und der gesellschaftlichen Verteilung von Erfahrung und Kompetenz im Umgang mit Suchmaschinen; oder nach der Diversität der Suchergebnisse, der kommerziellen und nichtkommerziellen Anbieter und ihrer Nutzer*innen. In späteren Jahren kam Kritik an dem Bias der angebotenen Suchergebnisse hinzu (z. B. Noble 2013). Außerdem wurden angesichts von Empfehlungsalgorithmen und möglichen »Echokammern« die Möglichkeiten von Suchmaschinen infrage

gestellt, mit neuen Informationen jenseits des bereits Bekannten vertraut gemacht zu werden. Dabei gerieten zwei Ansprüche an Suchmaschinen in Konflikt: einerseits Nutzer*innen relevante, interessante und neue Informationen bereitzustellen und andererseits auf Ähnlichkeiten und bereits vertraute Kontakte und Vorlieben abzustellen, um die Qualität von Empfehlungen zu erhöhen.

Ins Zentrum der Debatte rückte zusehends das Problem der ›Diversität von Exposition‹ (›exposure diversity«, vgl. Napoli 2011), d. h., mit welchen Inhalten Nutzer*innen konfrontiert werden und wie divers diese sein sollten. Einer der prominentesten Kritiker von Echokammer-Effekten, Cass Sunstein, unterschied z. B. früh, ob es sich um eine Exposition mit »unbekannten« oder mit »ungewollten« Informationen handelt (Sunstein 2001, S. 32f.). Während ein Verständnis für die Konfrontation mit unbekanntem Informationen relativ verbreitet ist, war es für ihn demokratietheoretisch geboten, dass selbst die Exposition mit ungewollten Informationen in einer funktionierenden Öffentlichkeit sichergestellt werden müsse. Dahinter steht die Annahme, dass auf lange Sicht eine Exposition mit diversen Inhalten der Deliberation und Bildung öffentlicher Meinung dienlich sei und folglich die Nutzenden von Suchmaschinen und Sozialen Medien auch mit unliebsamen gesellschaftlichen Diskurspositionen konfrontiert werden müssten. Mit diesem Maßstab für die Bewertung von Expositionsdiversität rückt man Suchmaschinen, aber auch die durch Suchbarkeit strukturierten Umwelten der Affiliation in Sozialen Medien, in die Nähe von Massenmedien. An letztere wird traditionell die Funktionserwartung gestellt, durch die Darstellung und Exposition mit diversen Standpunkten Gesellschaft zu ›integrieren‹ (vgl. Jandura/Wendelin et al. 2017).

Ein weiteres Phänomen, das in diesem Kontext Erwähnung verdient, wird mit dem englischen Begriff »*serendipity*« bzw. in deutscher Übersetzung als »glücklicher Zufallsfund« bezeichnet. Während Kritiker*innen von personalisierten Suchmaschinen und sozialen Netzwerken voraussagten, dass die Flanierlust im Netz unter ihnen leiden würde, weil sie die Möglichkeit von Zufallsfunden einschränken würden, machten andere darauf aufmerksam, dass gerade empfehlungsbasierte Technologien der Suchbarkeit dazu

führen könnten, dass sich Menschen einer größeren Diversität von Informationen aussetzen würden. Die beiden Journalismusforscher und Co-Autoren des *Reuters Digital News Report* Richard Fletcher und Rasmus Kleis Nielsen fassten dieses Phänomen als »*automated serendipity*« und »*incidental exposure*« (Nielsen/Fletcher 2020). *Incidental exposure* geschieht, wenn Nutzende Social Media nicht gezielt zur Nachrichtenrezeption nutzen, sondern z. B. zum Kontakt-erhalt mit Freund*innen, währenddessen aber mit Nachrichten konfrontiert werden, die sie sonst nicht gewählt hätten. »*Automated serendipity*« dagegen meint, dass Suchmaschinen zur Nachrichtenrezeption genutzt werden und Nutzende sich aufgrund von Empfehlungsalgorithmen diverseren Quellen gegenübersehen, als wenn sie direkt die Nachrichtenquellen ihrer Wahl konsultiert hätten. Hinter den Debatten über Suchbarkeit anhand der Konzepte »*exposure diversity*« und »*serendipity*« steht ein epistemologisches Versprechen des Internets: Es häufe nicht nur Informationsmassen an, sondern habe auch qualitativ Neues, Innovatives und Kreatives zu bieten. Distribuierte Wissensorganisation einerseits und Kreativität und Überraschung andererseits sollen sich nicht ausschließen müssen. Indem der Wert der Information nicht eindimensional an ihre Neuigkeit, sondern an die relative Verteilung von Bestandsinfor-mation und Überraschung gebunden wird, handelt es sich zugleich um eine informationsökonomische Perspektive auf Technologien der Suchbarkeit. Zur Diskussion steht, welches Verhältnis von bekannten und unbekanntem Informationen nicht nur den größeren persönlichen, sondern auch kollektiven Informationsvorteil verspricht. Als besonders wichtig für die Exposition mit unbekanntem Informationen werden dabei die Beziehungen zu Personen außerhalb des engeren sozialen Netzwerks angesehen, deren Interessen, Informationsquellen und Sichtweisen im Kreis an Bekannten weniger vertreten sind. Damit wird an soziologische Untersuchungen zu sozialem Brückenskapital und deren grundlegende Annahme angeschlossen, dass sogenannte »schwache Beziehungen« einen Informationsvorteil bieten, beispielsweise bei der Arbeitsplatzsuche (Granovetter 1973). Diese Annahme wurde gerade auch in der frühen Forschung zu Online-Netzwerken wiederholt (Williams 2006, S. 611; vgl. Elison/Steinfeld et al. 2011) und liegt auch der gegenwärtigen Bewertung von Suchmaschinen und der Suchbarkeit dienlichen Empfehlungsalgorithmen zugrunde. Ein grundsätzlicher Nachteil

dieser Betrachtungsweise ist allerdings, dass sie die Internet-Nutzung im Wesentlichen auf Informationsgewinn beschränkt. Andere soziale Bedeutungsebenen werden damit vernachlässigt. Zum Beispiel gerät aus dem Blick, dass eine Maximierung an *exposure diversity* und überraschenden Inhalten im Kontext von digitalen sozialen Netzwerken auch die Exposition mit herablassenden Inhalten beinhalten kann. Inwiefern »schwache Beziehungen« zu vormals Unbekannten im Sinne Granovetters relevant sind oder nicht, hängt dann eher von Aspekten wie Schutz und Sicherheit, kollektiver Sorge und Verwundbarkeit ab. Für die Vergesellschaftung im Internet ist beides bedeutsam: Der Kontakt mit zufälligen Begegnungen kann eigenes Wissen und Erfahrungen bereichern, aber auch Anlass dazu geben, verbindlichere Formen des Schutzes oder der kollektiven Sorge einzufordern.

Von suchbarer zu nichtsuchbarer Konversation

Die mit dem Begriff »Suchbarkeit« verbundenen kritischen Erklärungsfiguren zu strukturellen Mechanismen des Netzes, vor allem die wahrgenommene Bedrohung durch Technologien der selektiven Filterung und durch selbstverstärkende Netzwerkeffekte, sind gegenwärtig weithin geläufig. Sie finden sich zuhauf in Selbstbeschreibungen von Internet- und Social-Media-Nutzenden, und auch für die Beschreibung von Offline-Verhalten werden gerne Metaphern wie »Blasen« bzw. »Bubbles« verwandt. Auch wenn die Geltung angeblicher »Informationsblasen« wissenschaftlich umkämpft bleibt, gehört es inzwischen zur Allgemeinbildung, dass sich digitale Öffentlichkeiten durch algorithmische Verstärkungseffekte, durch isolierende wie »virale« Effekte, auszeichnen.

Jenseits dieses theoretischen Wissens haben Nutzer*innen schrittweise Handlungsstrategien im Bereich digitaler sozialer Plattformen entwickelt, mit denen sie die Suchbarkeit eher zu minimieren als zu bedienen versuchen und damit in die algorithmische Genese von digitalen Öffentlichkeiten einzugreifen meinen. Ein exemplarischer Nutzungskontext dafür war in den letzten Jahren der Mikrobloggingdienst Twitter (jetzt X). Nutzende des Dienstes verzichteten mitunter bei der Veröffentlichung von Posts gezielt auf algorithmisierte Textkennzeichnungen wie Hashtags oder @-Zeichen; auf Indizes also, die ursprünglich die maschinelle Suchbarkeit vereinfachen sollten. Selbstverständlich gab es Bestrebungen und Strategien des Nichtsuchbarmachens auch im Kontext klassischer Suchmaschinen, etwa wenn Webseiten-Betreiber*innen sich gegen eine Verschlagwortung ihrer Homepage entschieden oder Nutzer*innen nur im Darkweb, also im für Suchmaschinen unsichtbaren Teil des Internets, publizierten. Doch stellt sich die Situation etwas anders dar, wenn innerhalb von Social-Media-Plattformen wie Twitter nichtsuchbare Beiträge produziert wurden, da sich der Fokus von einer vertikalen Ungleichheit zwischen Suchenden und Suchmaschinen zu einer horizontalen Abgrenzung zwischen Nutzer*innen unter der sozio-technischen Bedingung von »suchbarer Rede« (Zappavigna) verschiebt.

Eine solche Praxis des Nichtsuchbarmachens lässt sich einerseits als das Herstellen von Zonen exklusiverer Kommunikation innerhalb der Plattform deuten. Sie wäre dann die konsequente Weiterführung des Empfehlungsgedankens und eine nachvollziehbare Folge weiterer Differenzierung der Nutzer*innenschaft auf der Suche nach relevanteren Informationen und Konversationen. Andererseits lässt sich die Praxis aber auch als Ausdruck einer Haltung von Nutzer*innen interpretieren, sich von Stimmen und Inhalten präventiv abzuwenden, denen man nicht ausgesetzt (>exponiert<) werden möchte. In der ersten Perspektive steht der soziale Zusammenhalt innerhalb der Empfehlungskollektive im Fokus. In der zweiten könnte man den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedroht sehen, da sich Nutzer*innen von der Möglichkeit zurückziehen, unliebsameren Informationen von Andersgesinnten ausgesetzt zu werden, und womöglich genau jene Prozesse der Selbstverstärkung stattfinden, vor denen die Anhänger*innen der Filterblasen- und Echo-kammertheorie warnen. Es bietet sich aber auch noch eine dritte Interpretation an, wonach die Praxis nichtsuchbaren Schreibens eine politisierte Praxis darstellt, die sich durchaus für den gesellschaftlichen Zusammenhalt interessiert und gerade deshalb der diskursiven Macht bestimmter Personen und Inhalte nicht noch zusätzlichen Raum geben möchte.

Neben der Strategie des Nicht-Suchbarmachens eigener Beiträge durch den Verzicht auf Hashtags intervenierten Twitter-Nutzende indirekt auch in die Auffindbarkeit und maschinelle Nachvollziehbarkeit der Beiträge anderer Nutzer*innen. Zum Beispiel wurden bestimmte Beiträge nicht geteilt oder nicht auf sie reagiert und damit sollte vermieden werden, dass diese Posts aufgrund ihrer Interaktionsgeschichte von der Plattform besonders sichtbar hervorgehoben oder anderen Nutzer*innen vorgeschlagen werden. Am prägnantesten hatte sich diese Praxis nicht-suchbarer Kommunikation aber dort durchgesetzt, wo es um die nachverfolgbare Adressierung von Personen ging. Mochten Nutzer*innen auf eine Person oder deren Beiträge zwar verweisen, dabei aber auf eine maschinenlesbare Bezugnahme verzichten, hatten sich dafür verschiedene Taktiken etabliert: von der Verwendung des Namens ohne @-Zeichen über die Nutzung von abgewandelten Namen bis zur Dokumentation von Beiträgen durch nichtsuchbare Bildschirmfotos, also Screenshots, statt durch maschinenlesbare Zitate. Auf Twitter changierten solche Strategien des nichtsuchbaren Kommunizierens über andere Nutzer*innen oder deren Beiträge zwischen Klatsch und politischer Geste. Traditionelle Formen des Klatschs zeichnen sich dadurch aus, dass Konversationsteilnehmende über ihnen bekannte Dritte sprechen, die von der Unterhaltung ausgeschlossen sind. Die digitale Spielart des Klatsch-Genres auf Twitter ist insofern besonders, weil ihre »diskrete Indiskretion« (Bergmann 2022) immer noch öffentlich sichtbar ist. Twitter-Nutzende haben mit den Begriffen »non-mention« oder »subtweeting«, also dem »Nichtwähnen« oder dem »Tweeten unterhalb des Radars«, ihre eigene Terminologie entwickelt, um solche Formen des Kommunizierens hinter dem Rücken einer im Tweet besprochenen Person zu benennen. Als politische Geste dienten solche Beispiele nichtsuchbaren Adressierens hingegen dazu, um auf bestimmte Personen oder Beiträge einer Outgroup hinzuweisen, ohne dabei die Sichtbarkeit der kritisierten Diskurspositionen zu erhöhen. Hier wurde einerseits an eine längere Tradition netzaktivistischer Praxis und Taktiken »selektiver Distribution« (Dang-Anh/Einspänner et al. 2013) angeschlossen. Andererseits setzen diese Strategien aber auch jüngere Normen und »Netiquetten« um, die eine genuin im Digitalen verankerte »Ethik der Zirkulation« propagieren (Dieterle/Edwards et al. 2020).

Ein Verzicht auf maschinenlesbare, personale Adressierungen konnte demnach ganz verschiedene Ziele verfolgen: die Aufmerksamkeit der adressierten Person nicht zu erregen und ein Gefühl von Bestätigung zu vermeiden; die Adressierung nicht als Einladung zu einer Konversation missverstanden zu wissen; die Gewichtung des adressierten Accounts innerhalb der algorithmischen Berechnungen der Plattform nicht zusätzlich zu erhöhen; und nicht zuletzt das Publikum vor einer Exposition mit Beiträgen der Person zu schützen. Vor allem der letzte Grund des Expositionsschutzes geht über das hinaus, was oben unter dem Aspekt von *exposure diversity* diskutiert wurde. Bei dem Publikum, das davor geschützt werden soll, bestimmten Inhalten ungewollt ausgesetzt zu sein, kann es sich um das allgemeine Publikum der Plattform handeln oder um jenes der eigenen ›Gefolgschaft‹ (vgl. Ganzert/Hauser et al. 2023). Mit der Praxis nichtsuchbaren Schreibens in digitalen sozialen Netzwerken wurde also sowohl gruppeninterner als auch gesellschaftlicher Zusammenhalt verbunden: erstens spielte die potenzielle Verwundbarkeit und der Schutz von kooperativen Netzwerken eine Rolle; zweitens fand aber auch ein vermeintlicher Eingriff in die gesellschaftliche Sichtbarkeitsökonomie statt bzw. eine Teilnahme an den Kämpfen um die Verteilung und Vermessung von Sichtbarkeit. Diese Praxis nichtsuchbarer Kommunikation zeugt davon, wie selbstverständlich Suchbarkeit inzwischen zum Angebot digitaler Öffentlichkeit und zum Erwartungshorizont ihrer Nutzer*innen dazugehört. Und wie sehr sie dabei aber auch mit anderen Angeboten und Erwartungen wie der persönlichen ›Kuratierbarkeit‹ (vgl. Snyder 2015) der eigenen Informations- und Kommunikationsdiät oder dem Expositionsschutz einer Diskursgemeinschaft in Konflikt geraten kann! Dem ursprünglichen Versprechen der (Ko-)Produktion von »suchbarer Rede« (Zappavigna) lag ein Modell der Affiliation unter zufälligen Kontakten durch lose symbolische Kooperation zugrunde. Die Praxis nichtsuchbaren Schreibens weist in die entgegengesetzte Richtung und soll es ermöglichen, über Personen außerhalb des Konversationszusammenhangs zu sprechen, ohne

das durch die Affordanz der Suchbarkeit gestiegene Risiko einer automatischen Kontaktaufnahme oder öffentlichen Verstärkung einzugehen. Einerseits geht es beim Einsatz unsuchbarer Rede darum, die Fremderwartung an kuratierte Informationsumwelten zu bedienen. Andererseits zeigt sich hier eine präventive, versicherheitlichende Wendung des Prinzips der ›Exposure Diversity‹, die auf den ersten Blick tatsächlich die Bandbreite an Überraschungen zugunsten eines geschützteren Kommunikationsraums zu minimieren scheint. Dass das gewachsene Risikobewusstsein gegenüber ›Exposure‹ dabei nicht unbegründet ist, bezeugt die ubiquitäre Erfahrung von herablassender Rede im Netz.

Zusammenhalt und Exklusivität im suchbaren Social Web

An Technologien der Suchbarkeit im Internet – im Kontext personalisierter Suchmaschinen und Sozialer Medien – wird also zum einen die Erwartung gestellt, Verbindungen zwischen Unbekannten und diversen Inhalten herzustellen, zufällige Begegnungen zu ermöglichen und so gesellschaftliches »Brückenskapital« aufzubauen, das der kollektiven Meinungsbildung und der individuellen Informationsaufnahme dienlich sein soll. Die Betonung liegt hier – im Aufgreifen der Terminologie Granovetters – auf der Kultivierung »schwacher Beziehungen«, die den »starken Beziehungen« der Familie und enger Freundeskreise in Bezug auf den Informationsgewinn überlegen seien. Auf der anderen Seite haben die Technologien der Suchbarkeit im Internet auch die gegenläufige Tendenz hervorgebracht, innerhalb des ubiquitären Angebots von lose verbundenen Informations- und Kommunikationsräumen Netzwerke von stärkerer Verbindlichkeit, Intimität und Nähe zu schaffen. Während in der frühen Zeit des privat genutzten Internets noch die Frage gestellt wurde, ob die starke Intensität von ›Gemeinschaft‹ online überhaupt möglich sei, scheint in den letzten Jahren eher umgekehrt die Perspektive dominant, die intensive Vergemeinschaftung im Netz als gegeben und als einen Gesellschaft potenziell destabilisierenden Ort von Radikalisierung und Isolationismus zu betrachten.

Die Überbetonung der beiden Extreme »schwacher« oder »starker Beziehungen« kann allerdings dazu führen, dass dazwischen und darüber hinaus operierende Beziehungsmodalitäten aus dem Blick geraten. So gibt es Bindungsformen und -intensitäten, für die das Spektrum »schwach« bis »stark« nicht recht zu passen scheint, sondern die vielleicht eher zwischen »schwach« und »beliebig« anzusiedeln wären. Letztere scheinen angesichts der Vielzahl latenter Verbindungen im Netz besonderes Gewicht zu erlangen. Mit »latenten Verbindungen« sind optionale Formen des Kontakts gemeint, deren Optionalität Akteur*innen auch bewusst ist, die aber noch nicht aktualisiert worden sind. Für das frühe Facebook wurde z. B. festgestellt, dass sich dort latente Offline-Verbindungen – in diesem Fall bezogen auf unbekannte, aber bereits »gesehene« andere Studierende auf einem Universitätscampus – in »schwache Beziehungen« mit Personen transponieren, über deren Leben man fortan online informiert wird (Ellison/Steinfeld et al. 2011). Latente Verbindungen auf Plattformen wie Twitter und TikTok sind den Nutzer*innen dagegen mitunter ursprünglich unbekannt. Dass diese als Beziehungsoptionen überhaupt sichtbar werden, wird durch die Suchbarkeit ihrer Inhalte und der darauf aufbauenden algorithmischen Kategorisierung und Empfehlungen geleistet. Die Suchbarkeit von Inhalten in Sozialen Medien ist also vor allem dort von Bedeutung, wo sich aus einem Netzwerk von Unbekannten zunächst Beziehungsoptionen hervortun, die dann möglicherweise in »schwache« oder »starke Beziehungen« übergehen. Die Nutzer*innen, die hier durch Hashtags oder andere Formen suchbarer Textproduktion miteinander in Kontakt gebracht werden, müssen weder automatisch noch zwangsläufig zu Freund*innen werden, anders als es zum Teil die Selbstbeschreibungen der Plattformen suggerieren. Angesichts der Vielzahl von optionalen Beziehungsformen und -intensitäten geht es in diesen Fällen zunächst einmal um Kontakte, die »relevant« und nicht bloß beliebig sein sollen. Hier greifen eine Perspektive auf Zusammenhalt im Netz, die immer gleich innige »Vergemeinschaftung« wittert, wie auch eine undifferenzierte Preisung von »schwachen Beziehungen« im Gefolge Granovetters gleichermaßen zu kurz.

Mit der oben beschriebenen Praxis nichtsuchbaren Kommunizierens in Sozialen Medien navigieren Nutzer*innen durch dieses Terrain aus Verbindungs- und Beziehungsoptionen. Es handelt sich um eine Praxis, die innerhalb nichtbeliebiger Netzwerke die Transformation von Zusammenhalt in eine verbindlichere Beziehungsform befördert. Da das nichtsuchbare Adressieren bestimmter Beiträge und Personen immer noch ein ›Reden über‹ und nicht etwa stillschweigende Ignoranz darstellt, transportiert nichtsuchbare Rede auch den Wunsch, die Integrität eines gemeinsamen Kommunikationsraums aufrechtzuerhalten. Diese Sorge um die Integrität und das Einfordern von Normen, wie innerhalb der Gruppe in bestimmten Fällen kommuniziert werden soll, sind erste Indizien für Gruppenbildung mit kohäsiver Bindung. Wie intensiv diese Bindung aber letztlich ist, muss graduell und von Fall zu Fall bestimmt werden, also z. B. ob von ›Empfehlungskollektiven‹ gesprochen werden kann, deren Mitglieder wechselseitig interessante und relevante Informationen und Unterhaltungen einfordern, ohne sonst weitere Verbindlichkeiten geltend zu machen, oder ob es sich eher um ›Gemeinschaften‹ handelt, die sich vor der Exposition mit bestimmten Inhalten schützen wollen. In jedem Fall projiziert die Praxis nichtsuchbarer Kommunikation ein Außen, das den kommunikativen und informativen Zusammenhalt der Gruppe bedroht und ausgeschlossen werden soll, zugleich aber auch als Negativfolie für die Selbstidentifikation mit der ›Gemeinschaft‹ oder den Handlungszielen des ›Kollektivs‹ dient. Der geforderte Expositionsschutz kann sich aber auch auf Gruppen außerhalb des eigenen kommunikativen Verbunds beziehen, deren Verletzlichkeit anerkannt und deren Teilhabe an einem größeren kommunikativen Zusammenhang sichergestellt werden soll. Damit lassen sich gewichtige Vorbehalte gegen die scheinbar klandestine Praxis nichtsuchbaren Schreibens entkräften, dass es dabei nämlich ausschließlich um gruppeninterne Kohäsion oder individualistische Autonomiebegehren – »Ich muss mir doch nicht alles anhören« – gehe. Nein, es werden in seinem Vollzug auch gesellschaftliche Verhältnisse verhandelt.

Die Nichtsuchbarmachung von Kommunikationsräumen mag ein Nischenphänomen digitaler Kultur sein. Sie wirft aber eine für das weitere Nachdenken über gesellschaftlichen Zusammenhalt herausfordernde Frage auf: Wie lassen sich neue Formen von kommunikativer Exklusivität im suchbaren Informationsraum des Internets bewerten, deren alltägliches Vorkommen nicht zu vor-schneller Geringschätzung führen sollte, die aber zugleich exemplarisch für die möglichen Radikalisierungs- und Mobilisierungseffekte von kommunikativer Exklusion sind? Wichtig ist dafür erstens, sich die Unterschiede verschiedener Plattform- und Interaktionskontexte und die mit ihnen verbundenen Partizipationserwartungen vor Augen zu führen. Dass Konversationen unter bereits Vertrauten einigermaßen störungsfrei und unter Ausschluss von Unbekannten möglich sein sollten, ist im Fall von persönlichen Face-to-face-Gesprächen kaum begründungsbedürftig. Es scheint ganz selbstverständlich. Erst aufgrund gewachsener Kontaktoptionen sowie Partizipations- und Kontrollerwartungen im Kontext von Social Media-Plattformen entsteht überhaupt ein zusätzlicher Rechtfertigungsdruck. Hinzu kam im Fall von Plattformen wie Twitter die große Anzahl von dort ›aktiven‹ Politiker*innen, öffentlichen Organisationen und Medienanstalten, denen Privatnutzer*innen niedrigschwellige Erreichbarkeit und inklusive Kommunikationsräume abverlangen. Selbst in den Fällen, in denen sich auf solchen Plattformen also durchaus begründete Zonen kommunikativer Exklusivität herausbilden, geraten sie schnell in Konflikt mit Partizipationserwartungen an digitale Öffentlichkeiten im Allgemeinen und im Kontext der Plattform im Speziellen. Die zweite Herausforderung besteht deshalb darin, diese Konflikte um kommunikative Exklusivität nicht überzubewerten und ihre kontextspezifischen Entstehungsbedingungen im Blick zu behalten, aber auch ihren möglichen Signalwert für gesellschaftliche Normkonflikte zu prüfen. Wie gesehen, gibt es verschiedene Gründe, selbst bei einer auf maximale Konnektivität ausgerichteten Plattform wie Twitter kommunikative Exklusivität durch nicht-suchbare Veröffentlichungen herzustellen: z. B. um in Ruhe ein relevantes und produktives Gespräch zu führen; oder um über andere zu reden, ohne dass diese selbst an der Konversation teilnehmen. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind beide Fälle wohl kaum bedrohlich. Außerdem kann ein geschützterer Konversationsraum dazu beitragen, bei Teilnehmenden Selbstvertrauen für die Artikulation politischer Positionen zu stärken (vgl. Zhu/Skoric 2022). Womit nicht gleich Radikalisierung gemeint ist, sondern erst einmal ›nur‹ Politisierung. Umgekehrt sind aber auch gut begründete und

nachvollziehbare Formen kommunikativer Exklusivität nicht davor gefeit, in Spiralen der Selbstverstärkung und der pauschalisierenden Delegitimierung anderer zu geraten. Ferner bedarf es, damit die Exklusivität von politischen Kommunikationsräumen in einem spezifischen Plattformkontext legitim bleibt, offener Debattenräume zwischen den Gruppen in anderen Kontexten. Und schließlich kann eine Kontroverse über kommunikative Exklusivität selbst zum Mittel einer Verhärtung von Grenzen zwischen Gruppen werden, wenn nämlich das Eintreten für oder gegen Exklusivität in einem spezifischen Kontext zu einem Konflikt zwischen offenen und geschlossenen >Wertegemeinschaften< stilisiert wird. Die dritte, größte Herausforderung liegt demzufolge darin, zeitgemäße Beschreibungsmodelle anzubieten, mit denen Nutzer*innen und Beobachter*innen von Social-Media-Plattformen Konflikte über kommunikative Exklusion auf unterschiedlichen sozialen Interaktionsebenen einordnen und kritisch reflektieren können.

Tierwohl